

ÜBERARBEITUNG DER MITTEILUNG ÜBER DIE KURZFRISTIGE EXPORTKREDITVERSICHERUNG

Erläuterung

Die vorgeschlagenen Änderungen an der Mitteilung über die kurzfristige Exportkreditversicherung¹ (im Folgenden „Mitteilung“) stehen in direktem Zusammenhang mit den Ergebnissen der Eignungsprüfung, mit der ermittelt wurde, ob die bewerteten Beihilfevorschriften ihren Zweck erfüllen. Die Ergebnisse der Prüfung sind in der am 30. Oktober 2020 veröffentlichten Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen *Fitness check of the 2012 State aid modernisation package, railways guidelines and short-term export credit insurance* (Eignungsprüfung in Bezug auf das 2012 angenommene Paket zur Modernisierung des Beihilferechts, die Eisenbahnleitlinien und die Mitteilung über die kurzfristige Exportkreditversicherung) dargelegt.²

Die Ergebnisse der Eignungsprüfung bestätigten, dass die Beihilfevorschriften für kurzfristige Exportkreditversicherungen insgesamt ihren Zweck gut erfüllen und nur geringfügig geändert werden müssten, um den Marktentwicklungen Rechnung zu tragen.

Im Rahmen der Überarbeitung sollen einige technische Änderungen vorgenommen werden, mit denen auf Marktentwicklungen reagiert wird, aber keine wesentliche Änderung des Ansatzes der Mitteilung erfolgt. Die wichtigsten geplanten Änderungen betreffen:

1. BEIBEHALTUNG DER BESTIMMUNGEN DER MITTEILUNG

Nach der aktualisierten Mitteilung würden die Bestimmungen für die kurzfristige Exportkreditversicherung auch nach 2021 weiter gelten.

2. AKTUALISIERUNG DES UNTER RANDNUMMER 18 BUCHSTABE b (JETZT RANDNUMMER 19 BUCHSTABE b) DER MITTEILUNG GENANNTEN SCHWELLENWERTS VON 2 MIO. EUR

Der unter Randnummer 18 Buchstabe b (jetzt Artikel 19 Buchstabe b) genannte Schwellenwert von 2 Mio. EUR soll auf 2,5 Mio. EUR angehoben werden.

Die Mitgliedstaaten können nach der geltenden Mitteilung KMU mit einem jährlichen Ausfuhrumsatz von bis zu 2 Mio. EUR Versicherungsschutz gewähren. Die Eignungsprüfung ergab, dass dieser Schwellenwert relativ niedrig ist und damit de facto nur Kleinstunternehmen abgedeckt werden, während viele europäische KMU von der notwendigen Unterstützung für ihre Internationalisierung ausgeschlossen sind. Da der Schwellenwert auf der Grundlage einer 2005 durchgeführten Studie festgelegt wurde, schlagen wir vor, die im Rahmen des harmonisierten Verbraucherpreisindex¹ gemeldete Inflation zu berücksichtigen und den Schwellenwert auf mindestens 2,5 Mio. EUR anzuheben. Ein solcher Anstieg gilt als technische Anpassung, die einen konstanten realen Wert impliziert. Die öffentliche Konsultation könnte ferner zeigen, ob klare Marktentwicklungen vorliegen, die eine weitere Anhebung des Schwellenwerts rechtfertigen würden, damit KMU unter den in der Mitteilung beschriebenen Umständen ausreichende Exportkreditversicherungen erhalten können.

¹ Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten zur Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf die kurzfristige Exportkreditversicherung (ABl. C 392 vom 19.12.2012, S. 1).

² Abrufbar über das Portal „Bessere Rechtsetzung“: https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/2044-Paket-zur-Modernisierung-der-staatlichen-Beihilfen-von-2012-Eisenbahnleitlinien-und-kurzfristige-Ausfuhrkreditversicherungen-Eignungsprüfung_de.

3. AKTUALISIERUNG DER UNTER RANDNUMMER 28 (JETZT RANDNUMMERN 29 UND 30) DER MITTEILUNG FESTGELEGTE TRANSPARENZ- UND BERICHTERSTATTUNGSANFORDERUNGEN

Hinsichtlich der unter Randnummer 28 (jetzt Randnummern 29 und 30) festgelegten Transparenz- und Berichterstattungsanforderungen würden folgende Änderungen vorgenommen werden:

„29. Der Bericht muss ~~Informationen über die Anwendung jeder~~ für jede Regelung folgende Informationen enthalten:

- (a) ~~und insbesondere über das Gesamtvolumen~~ Gesamtbetrag der gewährten Kredite,*
- (b) ~~den versicherten~~ versicherter Umsatz,*
- (c) erhobene Versicherungsprämien,*
- (d) gestellte und erfüllte Forderungen,*
- (e) zurückgeforderte Beträge, und*
- (f) Verwaltungskosten der Regelung ~~enthalten~~.*

30. Die Informationen werden in einem Tabellenkalkulationsformat (z. B. CSV oder XML) bereitgestellt, das es ermöglicht, Daten zu suchen, zu extrahieren, herunterzuladen und problemlos im Internet zu veröffentlichen. Die ~~Kommission veröffentlicht~~ Mitgliedstaaten müssen die Berichte auf ihren Websites veröffentlichen.“

Die Evaluierung der Mitteilung hat ergeben, dass sie nicht vollständig mit den allgemeinen Grundsätzen der Modernisierung des Beihilferechts im Einklang steht, zu denen auch die Transparenz zählt.

Wir schlagen vor, die Transparenz- und Berichterstattungsanforderungen weiter zu präzisieren und sie an die Anforderungen in den anderen Leitlinien zur Modernisierung des Beihilferechts anzupassen. Insbesondere wird vorgeschlagen, die in der bisherigen Mitteilung vorgesehene Verpflichtung der Kommission, Berichte auf ihrer Website zu veröffentlichen, aufzuheben, da dies auch in anderen Leitlinien zur Modernisierung des Beihilferechts nicht vorgesehen ist. Die bisherige Mitteilung wurde vor den meisten anderen Leitlinien, die im Rahmen der Eignungsprüfung bewertet wurden, veröffentlicht. Wir schlagen vor, im Rahmen der Mitteilung eine Verpflichtung für die Mitgliedstaaten einzuführen, ihre Berichte zusammen mit anderen, bereits bereitgestellten Informationen über die Regelungen auf ihren Websites zu veröffentlichen. So kann der Ansatz weiter an die mit der Modernisierung des Beihilferechts verfolgte bessere Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten angepasst und die Transparenz der umgesetzten Maßnahmen gewährleistet werden.

4. AKTUALISIERUNG DER METHODE FÜR DIE ÜBERMITTLUNG VON BESCHLÜSSEN ÜBER DAS UNTER RANDNUMMER 35 (JETZT 37) DER MITTEILUNG GENANNT VERZEICHNIS DER STAATEN MIT MARKTFÄHIGEN RISIKEN

Die Verpflichtung der Kommission, die Mitgliedstaaten schriftlich über Beschlüsse zur Änderung des Verzeichnisses der Staaten mit marktfähigen Risiken zu unterrichten, soll gestrichen werden.

Mit dieser Aktualisierung würde der Informationsprozess gestrafft: Die Kommission veröffentlicht die Informationen weiterhin auf ihrer Website (höchstwahrscheinlich durch eine Bekanntmachung in den *Nachrichten des Tages*), und im Amtsblatt erscheint eine Mitteilung.